



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Von einem sächsischen Historiker: Die Grundlagen des deutschen Reichs

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Grundlagen des deutschen Reichs

Von einem sächsischen Historiker



Wenn man erst anfängt, die Grundlagen einer Einrichtung zu untersuchen, so ist das ein ziemlich sicheres Zeichen dafür, daß man nicht recht zufrieden damit ist und sie in irgendwelcher Weise verändern möchte. Das ist denn auch bei dem geehrten Mitarbeiter dieser Blätter der Fall, der im ersten Hefte dieses Jahrgangs der Grenzboten am Beginn einer längern Reihe von Artikeln über „Neue Ziele, neue Wege“ die Grundlagen unsers deutschen Staatslebens untersucht. Er findet, daß diese Grundlagen allmählich schmaler würden oder überhaupt zu schmal seien, und zwar in wirtschaftlicher Beziehung durch die zunehmende Proletarisierung, in konfessioneller durch die Nachwirkungen des Kulturkampfes, in nationaler durch die Stammesgegensätze, insbesondere die wachsende „Opposition gegen das Preußentum“ und die Ausschließung Deutsch-Osterreichs vom deutschen Reiche. Das Hauptgewicht legt er auf den ersten Punkt, und in einer in der That ebenso geistvollen wie unwillkürlich den Leser mit fortreisenden Weise beleuchtet er mit unbarmherziger Klarheit die Folgerungen, die sich daraus ergeben, daß der Boden Deutschlands zu eng wird für seine wachsende Bevölkerung. Er sieht die Rettung zunächst in der Erhaltung und Vermehrung des Bauernstandes, damit nicht Deutschland für seine Bewohner das werde, was England schon längst geworden ist, die Residenz der Nation, nicht mehr ihr Arbeitsfeld. Einen Widerspruch finden wir nur darin, daß der Verfasser den Versuch, die „innere Kolonisation“ in Westpreußen und Posen durch Ankauf verschuldeter Rittergüter wieder aufzunehmen und neue deutsche Dörfer zu schaffen, also Land für landlose Leute aus dem innern Deutschland, aus nationalen Gründen mißbilligt. Aber im Prinzip wird man ihm nur beistimmen können. Denn wenn wir auch noch fern von der Verbildung der englischen Volkswirtschaft sind, so liegt uns doch das Beispiel des bourbonischen Frankreichs leider um so näher. Es sei bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß der vielgepriesene, aber höchst einseitige Industrialismus Colberts im siebzehnten Jahrhundert, der den Landbau nur als Hilsgewerbe der Industrie behandelte und daher mit allen zollpolitischen Mitteln „billige“ Brotpreise erstrebte, den französischen Bauernstand ruiniert und

in jenen halbtierischen, jedenfalls menschenunwürdigen Zustand gebracht hat, der zu den furchtbarsten Auftritten der französischen Revolution, dem Bauernkriege des Sommers 1789, geführt hat. *) Seitdem von maßgebender Seite Deutschland schlechthin als „Industriestaat“ bezeichnet worden ist, ist die Furcht vor ähnlichen Gefahren bei uns nicht mehr unberechtigt. Doch alle „innere Kolonisation“ wird nicht ausreichen. Ein Volk, das schon jetzt 50 Millionen auf noch nicht 500 000 Quadratkilometern zählt, muß, wie der Verfasser ausführt, notwendig sein Wirtschaftsgebiet erweitern, und das kann nur nach dem dünnbevölkerten slawischen Osten hin geschehen. Das stellt er als die Hauptaufgabe der deutschen Zukunft hin, und in dem riesigen halbasiatischen und halb Asien beherrschenden Zarenreiche, das mit seinen europäischen Machtmitteln unendlich gefährlicher ist, als jemals die Mongolen unter Dschingischan und die Hunnen unter Attila, sieht er unsern gefährlichsten Feind, der schon seit zwei Jahrhunderten in ununterbrochenem Vordringen gegen Westen her ist, und der uns mit seinen rohen Massen erdrücken wird, wenn wir ihm nicht zuvorkommen. Die Schärfe, mit der der Verfasser diesen Gegensatz seinen Lesern zum Bewußtsein bringt, hat etwas verblüffendes; aber den Gedanken, daß der germanischen Welt noch ein entscheidender Kampf gegen den slawisch-tatarischen Osten bevorstehe, rund und nett ausgesprochen zu haben, ist ein Verdienst. Drüben in den geistig leitenden Kreisen Rußlands ist man sich über diesen Gegensatz längst klar und macht gar kein Hehl aus den Zielen der russischen Politik. Vortrefflich hat dies kürzlich G. von Schulze-Gävernitz im ersten Monatshefte der preussischen Jahrbücher auseinandergesetzt. Die sogenannten Panlawisten, die mit Alexander III. zur Macht gelangt sind und schon seinen Vorgänger in den Türkentrieg von 1877/8 getrieben haben, wollen den westslawischen Stämmen die echt slawische „Freiheit“ bringen, die freie Unterordnung des Einzelnen unter das Interesse der Gesamtheit, wie sie in der sozialistischen, auf Gemeinbesitz begründeten großen Dorfgemeinde (Mir) und in der Selbstherrschaft des Zaren zum Ausdruck kommt. Denn der westeuropäische Individualismus hat zwar seiner Zeit das Lehnswesen zerstört, aber an seine Stelle nur den Kapitalismus gesetzt, der nun wieder die wahre Freiheit des Volkes vernichtet hat, weil er ihm den Grundbesitz geraubt hat. So ist die ganze Kultur des Westens angefaut und wert, daß sie zu Grunde geht, und diese Arbeit wird der russische Bauer im roten Hemde und im Waffenrock, der echte Vertreter des russischen Geistes, besorgen; er wird, wie er die baltischen Deutschen und die von der westlichen Kultur schon gänzlich durchfressenen Polen überwältigt hat, so die noch unter deutschem Joche

*) Merkwürdigerweise hat ein junger Armenier, ein Schüler G. Schmollers, dies zuerst überzeugend und quellenmäßig nachgewiesen: Dr. Awetis Akraschkanianz, Die französische Getreidehandelspolitik bis zum Jahre 1789. Leipzig, 1883.

schmachtenden Slawen befreien, Österreich und die Türkei zerstören und jene Völker mit dem russischen Reiche zu einer Weltmacht vereinigen, wie sie seit dem Falle des römischen Reichs nicht wieder dagewesen ist. Da aber das deutsche Reich augenblicklich die stärkste westeuropäische Machtbildung ist, so führt der Weg nach Konstantinopel, nach dem Zarigrad des russischen Bauern, durch das Brandenburger Thor, und der Hauptgegner Rußlands ist das deutsche Reich. In diesem herausziehenden Kampfe sehen die Panlawisten das wichtigste Ereignis der europäischen Geschichte seit der Völkerwanderung. Es ist klar, wie viel Phantastisches in diesen Anschauungen liegt, aber eben so klar, welche ungeheure fortreißende Kraft sie entwickeln können, und wenn man erwägt, daß sich der jetzt regierende Kaiser mit Vorliebe den Bauernzaren nennen hört, daß unter seiner Regierung die Ausstoßung des westeuropäischen oder vielmehr des deutschen Kultureinflusses zum leitenden Grundsatz der innern Politik des Riesenchinesen geworden ist, daß diese verschlagenste, unbedenklichste und konsequenteste Diplomatie der Welt ihre Polypenarme immer weiter ausstreckt, in allen slawischen Ländern ihre Parteigänger bezahlt und die blinde französische Revanchefucht, jedenfalls mit heimlicher Verachtung dieser kurzfristigen „republikanischen“ sogenannten „Staatsmänner,“ vorschauend benutzt, um sich eine feste Stellung im Mittelmeer zu schaffen und langsam, aber sicher die Durchfahrt durch die Meerengen für ihre Pontusflotte zu erzwingen, so wird man, ohne Schwarzseher zu sein, die Größe der von dort drohenden Gefahr nicht unterschätzen, obwohl man über die Mittel, sie abzuwenden, verschiedner Ansicht sein kann.

Jedenfalls ist aber doch der feste Zusammenschluß aller, die den deutschen Namen tragen, dazu unbedingt nötig. Und da will es dem Schreiber dieser Zeilen doch scheinen, als ob der Verfasser der „Neuen Ziele,“ indem er besonders nachdrücklich die „konfessionelle“ und die partikularistische Opposition gegen den führenden Staat des deutschen Reiches hervorhebt, vermutlich nur, weil er auf die innern Gefahren, die von dieser Seite her jenem Zusammenschlusse drohen, besonders aufmerksam machen will, einerseits diese Gefahren einigermaßen überschätze, andererseits seine Leser der Gefahr aussetze, daß ihnen die historischen Bedingungen, unter denen das deutsche Reich entstanden ist, besteht und bestehen wird, verdunkelt werden. Daher mag es hier erlaubt sein, diese Dinge wieder einmal in Erinnerung zu bringen.

Wir wenden uns zunächst zu den „konfessionellen“ Verhältnissen. Der Ausdruck ist hier schief, denn es handelt sich durchaus nicht um den Gegensatz der Bekenntnisse, sondern um den Gegensatz der vom Ultramontanismus beherrschten katholischen Kirche zur Souveränität des Staats. Nun, auch wir halten den Kulturkampf für einen Fehler, und daß der damit gemachte Versuch mißlingen würde, wie er mißlungen ist, das ist auch von protestantischen Kennern der katholischen Kirche schon bei seinem Beginn vorausgesagt worden. Aber wir

bestreiten aufs entschiedenste, daß der Angriff damals vom Staat ausgegangen sei. Als sich der preußische Staat nach 1815 wieder ordnete, war die katholische Kirche in ganz Deutschland ein Trümmerhaufe. Schon unter Friedrich Wilhelm III. wurde sie durch große staatliche Zuwendungen so vollständig wieder hergestellt, daß Pius VIII. einmal erklärte, wenn ein katholischer Fürst so viel für die protestantische Kirche gethan hätte, wie dieser evangelische König für die katholische, so würde er den Bann verdienen. Wie König Friedrich Wilhelm IV. zur römischen Kirche stand, ist bekannt; indem er die von seinem Vorgänger festgehaltenen staatlichen Hoheitsrechte so gut wie aufgab, betrat er die abschüssige Bahn, die schließlich zum Kulturkampf führte. Denn — und das wird auch der unbefangene Katholik eingestehen müssen — Dank hat der preußische Staat von der katholischen Kirche niemals gehabt; was er ihr gewährte, das hat sie stets als Abschlagszahlung angenommen, und sie hat immer an dem Grundsatz festgehalten, daß sie berechtigt sei, auf dem zwischen ihr und dem Staate streitigen „Grenzgebiete“ nach ihrem Belieben die Grenzlinien selbständig zu ziehen. Doch das weiß unser Mitarbeiter eben so gut oder vielleicht besser als wir, er weiß auch, daß der moderne Staat, ganz gleichgiltig, ob die Bevölkerung katholisch oder protestantisch ist, sich diesem Anspruch niemals auf die Dauer gefügt hat und fügen kann, und daß auch sehr gut katholische Herrscher, wie z. B. die Habsburger (lange vor Joseph II.) und die Wittelsbacher, das staatliche Obergaufsichtsrecht über die Kirche festgehalten, also sie in ihrer Eigenschaft als irdische Einrichtung dem Staate untergeordnet haben. Ein protestantischer Fürst steht ihr allerdings anders gegenüber, weil er ihren geistlichen Einwirkungen unzugänglich ist, und so sind einem solchen von ihr niemals dieselben Rechte gutwillig eingeräumt worden wie einem katholischen Fürsten.

Der deutschen Politik Preußens, deren Gelingen ein überwiegend protestantisches Deutschland schaffen mußte, stand die römische Kirche begreiflicherweise von Anfang an ablehnend gegenüber. „Die Welt bricht zusammen,“ rief Kardinal Antonelli bei der Nachricht von Sadowa aus, und daß das französisch-österreichische Bündnis gegen das werdende deutsche Reich, das den Krieg von 1870 einleiten sollte, auf die Unterstützung Roms zu zählen gehabt hätte, ist nicht zweifelhaft. Es kam anders, als es geplant worden war, und die Tapferkeit der protestantischen wie der katholischen Deutschen begründete auf den französischen Schlachtfeldern das neue Reich unter preussischer Führung. Als Bismarck aus dem Feldzuge heimkehrte, fand er — er hat es oft erklärt — das Zentrum vor als die mobilisirte parlamentarische Vertretung der deutschen Katholiken. Den Rückhalt, den ihnen im alten deutschen Bunde Österreich geboten hatte, sollte jetzt eine Parteibildung bieten. Was war geschehen? Hatte die preussische Regierung etwa die katholische Kirche beeinträchtigt oder dachte sie daran, es zu thun? Nein, das Mißtrauen, das die neue Partei hervor-

rief, war durch keine kirchenfeindliche Handlung des preußischen Staats begründet, der vielmehr die bairische Anregung, gemeinsame Maßregeln gegen die Konsequenzen des Unfehlbarkeitsdogmas zu treffen, schon 1869 abgelehnt hatte. Die Provokation ging vom Zentrum aus, nicht vom preußischen Staate. Es folgten die „Maigesetze“ von 1873, der „Kulturkampf“. Der Versuch mißlang, und zwar nicht nur deshalb, weil diese Maßregeln weit über das Ziel hinausschoßen und wirklich in die innern Einrichtungen der Kirche eingriffen, sondern auch, weil sich die altkatholische Bewegung als eben so schwach und kraftlos erwies wie einst die deutschkatholische der vierziger Jahre. Daß er tiefe Verstimmung im katholischen Volke erweckte, ist begreiflich; daß diese aber von einer rücksichtslosen klerikalen Demagogie ins maßlose gesteigert wurde, kann auch niemand leugnen. Genug; der Kulturkampf ist zu Ende, von den Maigesetzen stehen nur noch Reste, die sogenannten Sperrgelder sind den Bischöfen zurückgegeben worden, das Oberhaupt der katholischen Kirche ist von den Leitern der Reichspolitik, auch von Fürst Bismarck, gelegentlich mit einer Auszeichnung behandelt worden, die auf protestantischer Seite Befremden und Verstimmung hervorrief.

Aber, wie unser geehrter Mitarbeiter versichert, die Stimmung unter den preußischen Katholiken ist dieselbe geblieben, sie sind dem preußischen Staate und dem Hause Hohenzollern „gründlich entfremdet.“ Ob das in diesem Maße zutrifft, wissen wir nicht; sollte es zutreffen, nun, warum wendet dann die Geistlichkeit nicht ihre oft gepriesene Macht an, um sie zu beschwichtigen, nachdem der Grund verschwunden ist? Was will man mehr? Ja so, man will die Volksschule der Kirche unterwerfen und die Jesuiten wiederhaben. Nun, die katholische Kirche hat bestanden ohne Jesuiten, und wie wenig freundlich die Weltgeistlichkeit und ein guter Teil der Klostergeistlichkeit diesem Orden gegenübersteht, das weiß man. Aber sie sollen zurückgerufen werden, nicht, weil sie notwendig oder gar unentbehrlich wären, sondern um den Triumph der *ecclesia militans* über den preußischen Staat zu vollenden. Die Grenzboten haben im vergangenen Jahre wiederholt über die Bewegung gegen das Jesuitengesetz gesprochen und der Meinung Ausdruck gegeben, die Rückkehr des Ordens würde in der Sache wenig ändern, da die katholische Kirche so wie so nach jesuitischen Grundsätzen geleitet werde und der Einfluß, sogar die Einwanderung einzelner Jesuiten gar nicht gehindert werden könne. Das ist im allgemeinen wohl zuzugeben, und es mag bei dieser Gelegenheit bemerkt sein, daß auch evangelische Theologen erklärt haben, die protestantische Kirche habe keinen Grund, sich vor der Gesellschaft Jesu zu fürchten. Würde die Frage jetzt so gestellt, ob man sie verbannen solle oder nicht, dann würde auch der Schreiber dieser Zeilen vielleicht sagen: Nein. Da sie aber einmal draußen sind, und da die ungeheure Mehrheit der protestantischen Deutschen, nicht bloß die „kirchenfeindlichen“ Liberalen, in diesem Orden, der als Kampfmittel zur Vernichtung der

Regerei begründet worden ist, eine Gefahr für den konfessionellen Frieden sieht (die jüngste Reichstagsabstimmung über diese Frage zu charakterisieren wollen wir uns ersparen aus Rücksicht auf das hohe Haus), so verlangen wir von unsern katholischen Mitbürgern, daß sie diese Auffassung respektieren, so gut wie sie von uns fordern, daß wir ihre strenge Abhängigkeit von Rom respektieren. Wir sind darauf angewiesen, uns zu vertragen in demselben Staate und in derselben Gemeinde, und wir vertragen uns ganz gut, wenn wir nicht verheßt werden. Da ist für diesen Kampforden, der die Protestanten bekämpfen soll, der die schärfste Verkörperung des Geistes der spanisch-katholischen Gegenreformation darstellt und in seiner planmäßigen Zerstörung der Individualität so durchaus ungermanisch ist, wie irgend eine Genossenschaft es nur sein kann, der sich seit Loyola nicht geändert hat und nicht ändern kann (sint ut sunt aut non sint!), kein Platz. Wir Deutschen haben doch wahrhaftig innere Schwierigkeiten genug, um uns noch geradezu mutwillig eine neue auf den Hals zu laden, bloß aus allerdings echt deutscher Prinzipienreiterei oder schwächlicher Nachgiebigkeit, die uns niemand auch nur danken würde. Im Gegenteil, wäre dies Zugeständnis gemacht, so würde man wohl auch noch für die Propaganda einige apostolische Vikariate verlangen zur Mission unter den Regern. Dafür bedanken wir uns. Denn so vollständig haben doch die Liberalen in dem protestantischen Teile unsers Volkes die Religion noch nicht zerstört, daß an ihre Wiederbelebung gar nicht mehr zu denken wäre. Aus dem angeblich mangelhaften Besuch unsrer Kirchen so weitgehende Schlußfolgerungen zu ziehen ist unstatthaft. Die protestantische Religiosität zeigt sich eben nicht vorwiegend in äußerlicher Kirchlichkeit, und ob deren Vorhandensein in katholischen Ländern auf eine lebendigere religiöse Gesinnung schließen läßt, als in den evangelischen, dürfte stark zu bezweifeln sein. In den romanischen Ländern ist die gebildete männliche Bevölkerung mindestens ebenso unfkirchlich wie in dem protestantischen Deutschland, sie hat kaum noch einen inneren Zusammenhang mit der Kirche, und wenn die Sozialdemokratie hier vielleicht stärker auftritt als dort, so liegt das wesentlich in wirtschaftlichen Gründen.

Aber die Gründe für diese Stellung der Katholiken oder vielmehr der katholischen Kirche zum deutschen Staat liegen noch weit tiefer. Das Mark des deutschen Geistes ist protestantisch. In der mittelalterlichen Kirche floß ein breiter Strom deutschen Geistes, denn sie war eine Verbindung romanischer und germanischer Völker, und deutsche Kaiser retteten mehr als einmal mit ihrem sittlichen Ernst und ihrem guten Schwert das Papsttum aus dem Pfuhl römischer Versunkenheit. Als der deutsche Geist die Reform der verderbten Kirche forderte, da wurde er erst verhöhnt, dann ausgestoßen und zur Bildung einer eignen Kirche gedrängt. Das war für Deutschland wahrscheinlich ein Unglück, aber ein ungleich größeres wäre die Unterdrückung dieser Bewegung gewesen, die schließlich auch die römische Kirche gezwungen hat, sich zu refor-

miren, und ihr somit selber die größte Wohlthat erwiesen hat. Seit dem Abfall der Germanen aber herrscht mindestens in ihren Leitern der romanische, der spanische Geist, aus dem der Jesuitenorden hervorgegangen ist. Und so kommt es, daß die katholische Geistlichkeit in Spanien spanisch, in Frankreich französisch, in Polen polnisch, kurz überall national ist, nur in Deutschland nicht; bei uns ist sie römisch, ultramontan. Das war sie längst vor dem Kulturkampf, und das wird sie leider vermutlich bleiben. Wir beklagen das tief, aber wir können es nicht ändern; wir können mit unsern katholischen Mitbürgern, denen wir gern die Freiheit gönnen, sich nach ihrem Bedürfnis einzurichten, nur zu einem kirchlichen *modus vivendi* kommen, aber nicht zu einem innerlichen Ausgleich, denn Prinzipien lassen sich nicht versöhnen. Aber dieser *modus vivendi* muß bestehen, sonst kann das deutsche Volk nicht bestehen, und er besteht thatsächlich, wo er nicht mutwillig gestört wird. Leider ist freilich die Neigung, die andre Kirche zu achten und zu verstehen, bei den Protestanten viel mehr vorhanden als bei den Katholiken, wenigstens bei ihren Wortführern. Sonst würde sich die katholische Geschichtschreibung nicht fortwährend bemühen, die lutherische Reformation als eine ehr- und gottlose Rebellion zu brandmarken und den Deutschesten der Deutschen mit Rot zu beswerfen. Daß sie der lange sehr einseitigen und also ungeschichtlichen Auffassung dieser Zeit entgegen getreten ist, das ist ein wirkliches Verdienst, aber sie selbst ist in ihrer dogmatischen Beschränktheit ganz unfähig, die historische Wahrheit zu sehen. Die seltenen Ausnahmen bestätigen nur die Regel.

Also: der Kulturkampf hat die ablehnende Stimmung der deutschen und preußischen Katholiken gegen den preußischen Staat zwar verschärft, aber durchaus nicht geschaffen; sie ist begründet in dem Charakter des modernen Katholizismus und des modernen (nicht nur des preußischen) Staats, für die keinen einzelnen die Verantwortung trifft, und es ist die Pflicht der Deutschen beider Bekenntnisse, sich zu vertragen und nicht Ziele zu verfolgen, die damit unverträglich sind, um des gemeinsamen Vaterlandes willen.

Doch weiter. Auch die sogenannten Stammesgegensätze gegen das „Preußentum“ werden angerufen, um zu zeigen, daß die Grundlagen für das neue Reich zu schmal seien. Wenn sich der Deutsche leidlich sicher fühlt, dann fängt er eben wieder an, partikularistischen Liebhabereien zu huldigen. Das gehört zu unsrer Natur, sozusagen zu unserm Wohlbefinden. (Natürlich reden wir hier nicht von dem berechtigten landschaftlichen Patriotismus, der sich mit gut deutscher Gesinnung recht wohl verträgt.) Wir geben alles mögliche zu, wir räumen alle denkbaren und undenkbaren Ungeheuerlichkeiten preußischer Beamten, Offiziere und Unteroffiziere bereitwilligst ein, wo es auch sein mag, obwohl diese Leute in andern deutschen Staaten auch nicht die Urbilder aller Liebenswürdigkeit und Vollkommenheit sind; wir erkennen ebenso bereitwillig an, daß der „neue Kurs“ mit seiner Neigung, immer das Gegenteil von dem zu thun,

was der greise Staatsmann im Sachsenwalde für zweckmäßig gehalten hat, manche schwere Fehler gemacht hat; wir wollen durchaus keinen Einheitsstaat, weil er weder nützlich noch vernünftig noch notwendig wäre, und wir beklagen es, wenn gelegentlich durch große Worte die Verstimmung über die Abkehr von den erprobten Regeln einer unvergleichlich erfolgreichen Staatskunst außerhalb Preußens noch gesteigert worden sein sollte. Aber allzu tragisch können wir weder die „Ausbrüche des wütendsten Hasses gegen Preußen“ in Baiern nehmen, noch die üblichen rohen Schimpfereien des Herrn Sigl, noch die Äußerungen etlicher unzufriednen Lothringer oder Elsäßer, noch sogar die offene Opposition des Freiherrn von Mittnacht gegen die Weinststeuer, zu der er nach Paragraph 9 der Reichsverfassung und nach der Meinung des Schöpfers dieser Verfassung vollkommen berechtigt war. Die altbairischen Bauern haben unter Führung des Herrn Sigl und ihrer Hezkapläne schon vor und nach 1870 über Preußen geschimpft, ihre Söhne fochten doch draußen für Deutschland freudig mit denselben Preußen und lernten sie als Kameraden hoch schätzen. Fürst Bismarck ist 1892 in Dresden, München, Augsburg, Rissingen, Jena u. s. w. mit unvergleichlicher Begeisterung begrüßt worden, und die Elsäßer fangen an, gut deutschgesinnte Männer in den Reichstag zu schicken. Wie kann aber eine so tief eingreifende Neugründung, wie die des deutschen Reichs, auf einer so reinen Stufe der Entwicklung ohne heftige Reibungen abgehen? Sogar die hannoversche und hessische „Rechtspartei“ mit ihren kindlichen Vorschlägen und ihrer naiven Ansicht, alles, was 1815 geschaffen worden, sei für alle Zeiten durch die Legitimität geheiligt (als ob nicht auch dieser Rechtszustand selber auf einer ganzen Kette von Rechtsbrüchen beruht hätte!), schreckt uns nur wenig; denn wir sehen darin nur einen letzten Ausläufer der „christlich-germanischen“ Anschauung, die alle politischen und sonstigen Fragen in den kalten Gegensatz „Recht“ und „Revolution“ zusammenpressen wollte, und wir denken auch daran, daß noch siebenunddreißig Jahre nach der friedlichen, von beiden Parlamenten beschlossenen „Union“ zwischen England und Schottland zum großbritannischen Einheitsstaat (1707) der letzte Stuart, Karl Eduard, 1744 die schottischen Hochländer zur bewaffneten Erhebung mit forttrieb und bis wenige Tagemärsche von London vordrang. Noch viel länger hat die „jakobitische“ Gesinnung bei einzelnen britischen Edelleuten fortgedauert. Großbritannien ist darüber nicht aus den Fugen gegangen. Und da sollte sich das heutige deutsche Reich, das mit den Waffen gegründet worden ist und noch kein Menschenalter besteht, vor ein paar „Rechtsparteilern“ und ihrer Druckerschwärze fürchten?

Daß das sogenannte „Preußentum“ nicht beliebt ist, das ist eine recht alte Beobachtung. Aber leider ist dieses Preußentum aus der deutschen Geschichte nicht auszuscheiden, und die Behauptung, seine trotz alledem „sehr achtungswerten“ Eigentümlichkeiten hätten dem deutschen Volke von 1813 bis 1870 große Dienste geleistet, ist im doppelten Sinne ungenau. Diese Dienste be-

Grenzboten I 1894

gannen nicht erst 1813, sondern mindestens 1675, und sie sind nicht nur groß gewesen, sondern der preußische Staat hat das neue Deutschland überhaupt geradezu geschaffen, er ist der Grundstein des neuen Reichs, und unser Reich wird mit Preußen sein, oder es wird gar nicht sein. Alle die gutgemeinten föderativen Einigungsversuche sind fruchtlos geblieben, bis sie Preußen aufnahmen, denn in solchen Dingen entscheidet nicht das Wort, sondern die Macht, und eine „deutsche“ Gesinnung, die sich vor allem in der Opposition gegen das „Preußentum“ äußert, ist gar nichts wert. Diese Eigenschaften freilich „sind nicht eigentlich deutsch.“ Was sind sie denn? Etwa slawisch oder romanisch? Ist die kriegerische Tüchtigkeit und Waffenfreudigkeit nicht ein uraltes Erbteil des ganzen germanischen Stammes? Ist der uns andre Deutsche zu weilen verletzende preußische Stolz nicht ein Wiederaufleben jenes trozigen Selbstbewußtseins, mit dem die deutsche Ritterschaft einst Italienern, Slawen und Dänen den eisengepanzerten Fuß auf den Nacken gesetzt hat und das uns nur zu lange geßelt hat? Es ist wahr, die straffe Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze ist dem Deutschen immer schwer gefallen, aber nur der absolute fürstliche Staat konnte die ständische Selbstsucht brechen zum Heile des Ganzen, und wie der Große Kurfürst ein „rechter Landesvater“ sein wollte, so betrachtete sich Friedrich der Große als den ersten Diener seines Volks. Und viel gewalthätiger und radikaler als jemals der preußische Staat haben in der Napoleonischen Zeit die süddeutschen Staaten die Gebietsstücken, die ihnen der Eroberer schenkte, zu einem Ganzen zusammengeschweißt. Freilich für die Bürokratie, die einst allein den Staat regierte und in der That lange Zeit an der Spitze alles Fortschritts stand, wird heute, wo sie sich dem Volksleben immer mehr abzuwenden scheint, niemand schwärmen, und Fürst Bismarck ist niemals ihr Freund gewesen, aber diese Bürokratie ist innerhalb wie außerhalb Preußens so ziemlich dieselbe, nichts Preußen allein eigentümliches, wenn auch dort vielleicht schärfer ausgeprägt als anderwärts, schon weil sie hier das meiste geleistet hat. Jedenfalls aber sind uns jene „preußischen Eigenschaften“ unentbehrlich gewesen und werden uns, wenn sie auch nicht mehr so überwiegend herrschen dürfen, wie bisher, auch künftig unentbehrlich sein, denn die Staaten werden mit den Mitteln erhalten, mit denen sie gegründet worden sind, und ein gewisses Übergewicht auch „preußischer Gedanken, Einrichtungen und Familien“ haben wir daher zunächst mit in den Kauf nehmen müssen. Das wird sich allmählich ändern; je mehr der Reichsgedanke überall als selbstverständlich erscheint, und je eifriger sich alle Stämme am Reiche beteiligen, desto mehr wird auch jener preußische Partikularismus überwunden werden. Aber nicht der sächsische, bairische und sonstige Partikularismus wird den preußischen schlagen, sondern nur echtdeutsche Gesinnung, und nur durch ruhige, geduldige Arbeit in dem Sinne, den Bismarck in seinen vorjährigen Rüssinger Reden mehrfach vorgezeichnet hat, kann dies Ziel erreicht werden.

So bleiben die Polen. Als „stürmische Germanisierungspolitik“ nach der Art Josephs II. kann man die Ansiedlung von ein paar tausend deutschen Bauern auf polnischen Rittergütern, für die deren alte Herren ihr gutes Geld erhalten, doch wohl nicht bezeichnen. Daß der deutsche Staat auch in den doch nur noch zur Hälfte polnischen Landesteilen deutsch spricht und die Schulen der Hauptsache nach deutsch sind, das ist eine alte Einrichtung, hat auch dem Polentum, dank der streng national gesinnten Geistlichkeit, nicht viel geschadet, und die Polenpolitik der jetzigen Regierung will alles andre, als eine gewaltsame Germanisierung. Aber was sie wollen muß, das ist, die Polen von dem festen Entschluß zu überzeugen, daß Deutschland Posen und Westpreußen nun und nimmermehr aufgeben kann und will, damit es sich die preußischen Polen abgewöhnen, diese Gebiete als Teile ihres künftigen Reichs anzusehen, so wenig wie Schlesien und Pommern dazu gehören werden. Ob das mit ihren Interessen und noch mehr mit ihren Träumen übereinstimmt oder nicht, das ist ganz gleichgiltig; das deutsche Interesse verlangt diesen Verzicht, und dort herrschen wir. Wollen sich die Polen unter dieser Bedingung ehrlich mit dem preußischen Staat ausöhnen, wie es jetzt den Anschein hat, so wird das jeder freudig begrüßen. Alles andre ist thörichte Sentimentalität, die in den Machtkämpfen der Völker keinen Platz hat. Auch unsere handfesten Vorfahren, die „Neudeutschland“ jenseits der Ems und der Elbe schufen, waren von solcher schwächlichen Gutmütigkeit weit entfernt. Nicht nur die höhere Kultur hat hier gesiegt und jene Slawenländer germanisiert, sondern die Lande zwischen Elbe, Saale und Weichsel und vollends Preußen, sind, wie auf der andern Seite Niederösterreich, Steiermark, Kärnten und Krain, zuerst durch das Schwert erobert worden, und dann erst durch den Pflug, und nachweislich haben sich die deutschen Grundherren keineswegs immer damit begnügt, unbebautes Wald- und Sumpfland deutschen Bauern anzuweisen, sondern häufig genug haben sie die einheimische slawische Bevölkerung einfach verdrängt, und die Einführung deutschen Staatsrechts galt diesen stolzen Eroberern als ganz selbstverständlich. Mit ausschließlich friedlichen Mitteln sind nur Schlesien und Posen, Böhmen und Mähren germanisiert worden, weil sich dort die slawischen Landesherren behaupteten; dafür ist aber dort die Verdeutschung auch auf halbem Wege stehen geblieben. Wenn also jetzt in Posen die friedliche deutsche Kolonisation wieder aufgenommen worden ist, so ist das kein Abfall von alten Traditionen, sondern eine Wiederaufnahme. Und schließlich ist es ein ganz unerfüllbares und daher ganz unbilliges Verlangen, daß die Verfassung und Politik eines großen Reichs den Interessen aller einzelnen Volksteile entspreche. Das ist niemals der Fall gewesen und wird niemals der Fall sein. Wenn die Deutschen zu einem Drittel katholisch sind und ein paar Millionen Slawen unter sich haben, so kann deshalb das deutsche Reich nicht nach ultramontanen oder polnischen Gesichts-

punkten regiert werden. Das ist für die Minderheiten vielleicht unbequem und für die Mehrheit auch, es läßt sich aber nicht ändern, denn wir sind die Erben unsrer Vergangenheit.

Und das sind wir auch in Bezug auf unsre Grenzen und unser Verhältnis zu Österreich. „Unmöglich“ nennt der Herr Verfasser unsre jetzigen Grenzen natürlich nicht vom militärischen Gesichtspunkte aus. Hinter der seit 1866 zur Reichsgrenze gewordenen österreichischen Grenze gegen Preußen, Sachsen und Baiern hin hat sich Friedrich der Große sieben Jahre lang mit Glück verteidigt, und Österreich verdankt dieser „unmöglichen“ Grenze vielleicht seinen Bestand. Auch haben uns nicht diese Grenzen zu den Bündnissen mit Österreich und Italien, zu „erschöpfenden Rüstungen“ und zu der Notwendigkeit, toujours en vedette zu sein, gezwungen, sondern der von unsern freundlichen Nachbarn im Osten und Westen als so lästig empfundne Übelstand, daß sich die Deutschen erfreht haben, ein selbständiges Reich bilden zu wollen, statt ihr Land zum bequemen Jagdgrund für zivilisierte und unzivilisierte Barbaren herzugeben, und der weitere Übelstand, daß wir leider das Zentralvolk von Europa sind und so ziemlich alle festländische Großmächte zu Nachbarn haben. Gewiß, es wäre viel bequemer, wenn das deutsche Reich eine Insel wäre, wie Böhmen in Shakespeares Wintermärchen, oder hinter Gebirgsmauern läge wie Spanien; aber da das nun einmal nicht der Fall ist, so müssen wir uns schon drauf einrichten, bis uns unsre Nachbarn unsre selbständige Existenz verziehen haben werden, und da uns nicht zuzumuten ist, uns allein wie Friedrich der Große mit unzureichenden Kräften gegen zwei oder drei Großmächte ersten Ranges zu schlagen, so müssen wir eben rüsten wie sie, die gar nicht bedroht sind, und uns zugleich durch Bündnisse stärken. Unsre Grenzen haben mit dieser gewiß unbequemen Lage gar nichts zu thun. Die Feindseligkeit unsrer Nachbarn würde nicht geringer sein, wenn auch Deutsch-Österreich zum Reiche gehörte, und den militärischen Mangel, den die Ausschließung Deutsch-Österreichs etwa zur Folge gehabt haben könnte, den gleicht eben das Bündnis von 1879 aus. „Künstlich“ kann der Herr Verfasser unsre Grenzen nur vom sogenannten großdeutschen Standpunkte aus nennen. Er macht es den „Kleindeutschen“ (ein fast vergessener Name) zum Vorwurf, daß sie diese vorläufige Lösung der deutschen Frage für eine endgiltige halten, und tadeln an den „Großdeutschen“ nur, daß sie sich dieser notwendigen, aber nur provisorischen Lösung seiner Zeit widersezt haben. So steht es denn doch nicht. Nicht darum handelte es sich 1866, ob Deutschland mit oder ohne Österreich eine Verfassung, d. h. eine die Unabhängigkeit und Sicherheit der Nation verbürgende Einrichtung erhalten sollte. Mit Österreich war und wäre auch heute nur der lose Staatenbund möglich, dessen Unzulänglichkeit tausendfache Erfahrungen erwiesen haben, und der uns zum Gespött für Europa gemacht hat; der Bundesstaat, der uns jene Bürgschaften

giebt, war und ist nur ohne Österreich möglich. Darüber ist kein Wort weiter zu verlieren, das lehrt die Geschichte vor allem von 1848/49. Auch ist die Trennung von Österreich lange vor 1866 vorbereitet und von den Habsburgern planmäßig gefördert worden. Darauf hier näher einzugehen, hieße die die deutsche Geschichte seit Friedrich Barbarossa wiederholen. Gewiß ist diese Trennung kein idealer Zustand, sondern nur eine harte Notwendigkeit, und gewiß hat die slawische Bewegung in Österreich dadurch einen stärkern Antrieb erhalten, obwohl ihre Fortschritte viel mehr noch auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen sind. Aber zu unsrer Wirtschaftsgemeinschaft hat Österreich auch vor 1866 nicht gehört, und zur deutschen Geistesgemeinschaft gehören die Deutschen in Österreich jetzt mehr als jemals, besonders seitdem sie die Not zu nationaler Gesinnung zwingt. In politischer Beziehung aber bleibt auf absehbare Zeit — und nur mit einer solchen kann und darf der Staatsmann rechnen — schlechterdings nichts andres als das völkerrechtliche Bundesverhältnis, in dem wir seit 1879 zu Österreich stehen, der „weitere Bund“ der Patrioten von 1848/49, den noch Fürst Bismarck seiner Zeit durch die Anerkennung der beiderseitigen Parlamente zu befestigen gedachte, ohne freilich damit durchzudringen. Wer mehr will, wer ein engeres Verhältnis will, der will — darüber muß er sich klar sein — Österreich zerstören, denn er mutet ihm mindestens zu, was gleichbedeutend damit wäre, sich in eine ungarische und eine deutsche Hälfte aufzulösen, d. h. seine Großmachtsstellung aufzugeben und für die deutsche Hälfte auf seine Souveränität zu verzichten zu Gunsten der Gesamtsoveränität eines Bundesreichs, in dem es schwerlich die leitende Stellung einnehmen würde. Diesem Ansinnen hat Österreich schon 1849 ein festes Nein entgegengesetzt, und das würde es heute erst recht thun. Und läge es etwa im Interesse Deutschlands, daß einer der größten Bundesfürsten draußen ein souveränes Königreich Ungarn beherrschte? Die Erfahrungen mit Schleswig-Holstein, Hannover u. s. f. beweisen wahrhaftig das Gegenteil. Wenn sich Österreich aber nicht selbst zerschneiden will, dann bliebe doch zur Verwirklichung des großdeutschen Ideals nur ein Eroberungskrieg, und dieser würde ein Weltkrieg sein. Daß dabei die deutschen Österreicher vom Hause Habsburg abfallen würden, ist nicht zu erwarten; daß die Slawen den heftigsten Widerstand leisten würden, ist sicher. Wir würden also wohl Rußland zu Hilfe rufen müssen, und dies würde uns vermutlich als Siegespreis ein tschechisches Königreich Böhmen als russischen Vasallenstaat mitten in unser neues Großdeutschland hineinsetzen. Und selbst wenn wir allein mit Österreich fertig würden, wäre es etwa eine Verbreiterung unsrer nationalen Grundlagen, wenn wir statt $3\frac{1}{2}$ Millionen Slawen deren mindestens 10 als Reichsgenossen begrüßen müßten? Genug damit. Wir müssen auch hier tragen, was uns unsre Geschichte auferlegt. Da nun einmal die größten deutschen Gemeinwesen in unsern Nordost- und Südostmarken ent-

standen sind, so ist damit zugleich entschieden worden, daß sich der ganze alte Reichsboden nicht in den Formen eines leistungsfähigen Bundesstaats oder Einheitsstaats vereinigen läßt. Nach menschlichem Ermessen hätte sich das unter den gegebenen geographischen Verhältnissen nur dann ermöglichen lassen, wenn sich in dem natürlichen Herzlande des alten deutschen Reichs, in Böhmen mit seinen gewaltigen Gebirgswänden und seiner großen, nach Norden führenden Wasserstraße, frühzeitig eine starke deutsche Macht gebildet hätte, die von dieser Hochburg aus nach Norden, Westen und Süden hätte wirken können, etwa wie Kastilien. Leider ist diese Möglichkeit schon vor etwa vierzehnhundert Jahren verspielt worden, als die längst vergessenen Markomannen so leichtsinnig waren, nach Baiern zu wandern und ihre böhmische Heimat für alle Zeiten den Tschechen zu überlassen. Alle Versuche, von der Donau aus Norddeutschland zu unterwerfen, sind später ebenso gescheitert, wie die Bestrebungen, den Habsburgern Böhmen zu entreißen. Wir könnten uns nur eine Möglichkeit denken, die zur engern staatlichen Einigung Deutsch-Österreichs mit dem deutschen Reiche führte, das wäre der Zerfall Österreichs durch den Kampf der Nationalitäten. Dann allerdings würden wir eingreifen müssen, denn nun und nimmermehr dürften wir ein selbständiges tschechisches Königreich Böhmen dulden, das doch, so lange das russische Reich in seiner jetzigen Gestalt besteht, nur ein russischer Vasallenstaat sein würde. Aber wir halten diesen Fall weder für wahrscheinlich noch für wünschenswert. Was uns sowohl erstrebenswert als in absehbarer Zeit erreichbar scheint, das ist außer der schon bestehenden Gemeinschaft der geistigen Bildung die wirtschaftliche Gemeinschaft, die Vereinigung ganz Österreich-Ungarns mit dem deutschen Reiche zu einem Zollgebiete. Denn Österreich muß nicht nur unsre Ostmark bleiben, sondern auch unser Kulturgebiet und unser Thor nach den zukunftsreichen Ländern des Südostens, die ihrer Auferstehung entgegengehen. Was eine ferne Zukunft bringen wird, das erraten zu wollen wäre zwecklos.

Wir wollen also ein starkes und mit uns eng verbündetes Österreich; wir wünschen für unsre dortigen Landsleute ein lebendiges deutsches Nationalgefühl und die leitende Stellung, um die sie sich nur selber haben bringen können. Wir wollen kein Großpreußen, sondern ein Bundesreich gleichberechtigter deutscher Stämme, dessen fester Kern aber Preußen ist und bleiben muß, und wir setzen den größten Wert der Selbständigkeit der deutschen Einzelstaaten vor allem darin, daß sie die unserm Vaterlande eigentümliche Mannichfaltigkeit und Vielseitigkeit der Kultur im weitesten Sinne vor undeutscher Einheitsmacherei schützt. Wir wollen ferner den Bruchteilen fremder Nationalitäten, mit denen wir zusammen leben müssen, soviel gewähren, als wir dürfen, ohne uns selbst zu schädigen, und wir wollen unsern katholischen Landsleuten gern die Freiheit gönnen, ihre Kirche einzurichten, wie es ihnen gefällt, da wir jeden konfessionellen Zwang verwerfen und weit davon entfernt sind,

zu verkennen, daß diese Kirche eine sittliche und geistige Macht ersten Ranges ist; aber nach polnischen und ultramontanen Wünschen können wir unsre Politik nicht einrichten. Unter solchen Voraussetzungen werden die politischen und nationalen Grundlagen unsers Reiches nicht zu schmal sein, und dann werden wir, ohne leichtsinnigen Optimismus, aber zuversichtlich, auch an die Lösung der neuen großen Aufgaben gehen können, die der Verfasser der „Neuen Ziele“ unserm Volke noch beschieden sieht, und uns, wenn es denn sein müßte, des tapfern Wortes getrösten können: „Das walte Gott und unser gutes Schwert!“



Julian der Abtrünnige

Ein Klagelied Jeremiä vom historischen Roman



ie liegt die Stadt so wüste, die voll Volks war! Sie ist wie eine Witwe: die eine Fürstin unter den Heiden und eine Königin in den Ländern war, muß nun dienen. Sie weint des Nachts, daß ihr die Thränen über die Backen laufen; es ist niemand unter allen ihren Freunden, der sie tröste. Alle ihre Nächsten verachten sie und sind ihre Feinde worden. Alle ihre Verfolger halten sie übel. Alle ihre Thore stehen öde. Ihre Priester seufzen. Ihre Jungfrauen sehen jämmerlich, und sie ist betrübt. Ihre Widersacher schweben empor, ihren Feinden gehets wohl!

Gewiß, es ist in diesem ersten Klageliede des Propheten Jeremias von dem Jammerstande des elenden und gedemüthigten Jerusalem die Rede, aber anwenden läßt sich auf alle in Verfall begriffne Herrlichkeit, und es paßt auch auf die deutsche historische Dichtung, die inmitten der naturalistischen Gegenwartsdarstellung ideale Kunstforderungen aufrecht erhalten und befriedigen möchte. Wer knapp und kurz den Eindruck aussprechen will, den die jüngsten Versuche auf dem Gebiete des historischen Dramas wie des historischen Romans hinterlassen, der kann die Klagelieder Jeremiä mit geringfügigen Auslassungen gleich abschreiben. Nur handelt es sich in der Kritik um mehr als um die Wiedergabe eines subjektiven Eindrucks, und selbst wer einen Zustand beklagt, hat zu beweisen, daß seine Klage berechtigt ist. Ist es dabei unvermeidlich, daß das Werk eines Dichters, dem es an Wirkung in weiten Kreisen nicht fehlt, der groß von seiner Kunst und nicht gering von seinen künstlerischen Pflichten denkt, zum Beweis für das Herabgleiten und die Zersetzung einer bedeutenden und entwicklungsfähigen Kunstgattung nicht auf seine Vorzüge,